



Hartlauer und A1 geben diesen Sommer mit dem neuen Nokia 5800 Xpress Music Handy



WIENER ZEITUNG .at

Neu in der Linkmap: IT CONSULT TIROL

Suchbegriff Suchen

- Home
- Amtsblatt
- LinkMap
- Wahlen
- Sport
- Spiele
- Dossiers
- Abo
- EU 06



- Politik
- Kultur
- Wirtschaft
- Computer
- Wissen
- extra
- Panorama
- Wien
- Meinung
- English
- MyAbo
- Trends
- Börse
- Unternehmen
- Steuertipps
- Beruf & Karriere
- Weitere
- Management
- Immobilien
- Talk

Wirtschaft > Unternehmen

Aktuelle Beiträge:

Wo sind Sie zur Schule gegangen?



Finden Sie Ihre Schulfreunde!

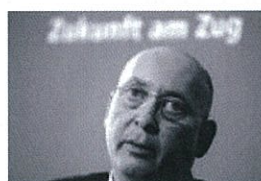
StayFriends™

>> jetzt suchen

Mehrmaliges Nicht-Erscheinen Hubers vor Rechnungshof-Ausschuss sorgt für Empörung

Grüne drohen Ex-ÖBB-Chef

- Anwalt: "Erst der Termin im Dezember ist möglich."
- Rechnungshof vor Sonderprüfung der Spekulationsverluste der Bahn von bis zu 610 Mio. Euro.
- Kritik an Minister Faymann.



Auch nach seinem Abgang als Chef der Staatsbahn polarisiert Martin Huber. Foto: apa

Wien. (fst) Dass Ex-Bahn-Chef Martin Huber den Befragungen des Rechnungshofausschusses des Parlaments bisher fernbleibt, bringt die Grünen in Rage. Nicht nur zu den vergangenen beiden Terminen ist der nunmehrige Bahn-Berater nicht erschienen, sondern auch der Ladung für den 3. Juli wird der ehemalige Top-Manager der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) nicht Folge leisten.



Die Grünen-Verkehrssprecherin Gabriela Moser kritisiert insbesondere, dass die Entschuldigungsgründe nicht glaubwürdig seien. "Es wird etwas von Kur oder Auslandsreisen gesagt, und dann kann man im Internet nachlesen, dass Huber bei Golfturnieren im Südafrika oder Bad Aussee mitspielt", erklärt Moser. Grünen-Rechnungshofsprecher Werner Kogler spricht gar von einer "Provokation" Hubers. Der Ex-Chef der Staatsbahn verhöhne die "Kontrollinstanz der Republik". Kogler droht sogar, den ehemaligen Top-Manager von der Polizei vorführen zu lassen. Eine solche Androhung habe schon einmal bei einem anderen Prominenten gut gewirkt, so Kogler.

Hubers Rechtsanwalt, Meinhard Novak, widerspricht. "Die Grünen versuchen einen politischen Wirbel zu machen." Dass es tatsächlich zu einer Vorführung Hubers vor dem Ausschuss

"TRAISKIRCHEN TRÄGT SCHWARZ"
Conti baut 195 Jobs ab
[zum Artikel](#)

RECHNUNGSHOF KRITISIERT DIE ÖBB-REFORM
[zum Artikel](#)

QATAR KAUFT FLUGZEUGE
Fluglinie aus dem Mittleren Osten haucht Markt in schwerer Zeit Leben ein
[zum Artikel](#)

VERHANDELT MAGNA OPEL-PENSIONEN?
[zum Artikel](#)

KTM ERHÄLT HILFE VON LANDESPOLITIK
[zum Artikel](#)

PÖLZL ÜBERNIMMT VIELE BAUSTELLEN
Per Anfang Oktober wechselt der 52-jährige gebürtige Grazer in den Chefessel der Österreichischen Post AG
[zum Artikel](#)

ERFINDUNGSGEIST IN HOHEN DOSEN
Red-Bull-Boss Dietrich Mateschitz gibt jährlich mehr als eine Milliarde Euro allein für Marketingzwecke aus
[zum Artikel](#)

ORF MIT NEUEN DETAILS ZUM SPAREN
[zum Artikel](#)

PÖLZL WIRD POST-CHEF
Vertrag bis 30. September 2014
[zum Artikel](#)

OPEL: DRUCK AUF MAGNA STEIGT
GM ist offen für Gespräche mit anderen Investoren
[zum Artikel](#)

1 2 3 4 5

komme, sei nicht sehr wahrscheinlich, betont Novak im Gespräch mit der "Wiener Zeitung". "Huber kann erst im Dezember kommen, das haben wir immer so kommuniziert." Sein Mandant sei derzeit und auch am 3. Juli auf Kur im Waldviertel, im Herbst absolviere der Ex-Bahn-Chef einen Sprachaufenthalt in den USA.

Rasche Prüfung durch den Rechnungshof

Um den Druck auf Huber, den ÖBB-Aufsichtsrat und Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) zu erhöhen, haben die Grünen eine Rechnungshof-Sonderprüfung der ÖBB-Spekulationsverluste (die "Wiener Zeitung" berichtete), die in der Endabrechnung bis zu 610 Mio. Euro ausmachen könnten, beantragt. Die Sonderprüfung soll die Verantwortung Hubers und seines ÖBB-Vizes Erich Söllinger bei den umstrittenen Geschäften mit der Deutschen Bank klären.

Zudem soll auch die Rolle der Bahn-Aufsichtsräte und der Politik beleuchtet werden. Laut Grünen widersprechen einander die zwei Gutachten, mit denen einerseits die Ablöse der ÖBB-Manager vom April, andererseits die Abfertigungszahlungen für Huber und Söllinger argumentiert wurden. Bisher sei das erste 300 Seiten lange Gutachten nicht einmal dem kompletten Bahn-Aufsichtsrat vorgelegt worden, so Moser.

Die Grünen wollen dabei sowohl Faymann als auch Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) in die Pflicht nehmen. "Ich zahle keinen Cent Steuern mehr, wenn hier nicht der Besen regiert", betont Moser. Ein Molterer-Sprecher hält hingegen fest, dass nicht der Finanzminister, sondern Faymann inhaltlich für die ÖBB zuständig ist.

Im Büro des Verkehrsministers weist man die Kritik der Grünen an den hohen Abfertigungen für Huber und Söllinger zurück. Durch das Aktienrecht und die ÖBB-Geschäftsordnung habe der Minister keine echte Alternative zu der tatsächlich gewählten Vorgangsweise gehabt, erklärt ein Faymann-Sprecher.

Printausgabe vom Donnerstag, 26. Juni 2008

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Text (max.
1500
Zeichen):

Postadresse:*